

es zu glauben wie gern, aber was das zweite für eine Sozialisierung ist, wissen wir nicht. Knoll aber wiegt sich in dem süßen Traum, daß es ihm gelingen könne, durch die Zusammenarbeit mit den Unternehmern immer mehr von ihnen für die Sozialisierung und wohl gar für noch mehr gewinnen zu können. Wie naiv! Er macht dazu die Bemerkung, daß das „geistige Werte“ seien, die man nicht in Zahlen ausdrücken könne. Das müsse man erleben: „Wenn ihr nicht fähig, ihr werdet es nie erlangen.“ Das ist, man gestatte uns diese Bemerkung, einfach ein dummes Witz, und wir wehren uns dagegen, daß mit Lebensinteressen des Proletariats auf eine so leichtfertige Art verfahren wird. Wir fordern von den Funktionären, die an der Spitze der größten Gewerkschaftsbewegung der Welt stehen wollen, mehr sachlichen Ernst und eine stärkere Würdigung des Willens der Arbeiterklasse, die sich gegen eine Politik der Illusionen nach jeder Richtung hin auf das energischste widersetzen muß. Heute fordern wir die Ablehnung der Arbeitergemeinschaft — gestützt auf Alexander Knoll.

Parade der Gelben

Die Gelben sind auferstanden. In diesen Tagen feiern sie ihre Wiegeburt in Gestalt der Ersten Reichstagung des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften, der im Tiergartenhof am Sonntag begann. 600 Delegierte „aus allen Teilen des Reichs“ sind anwesend. Die Gesellschaft erweist sich selbstverständlich reicher Unterstützung aus den durch die Bestatigungen gefüllten Kassenbüchsen der Großindustrie. Es war durchaus logisch, daß ein Redner das Schiedertum in Schutz nahm, aber es war eine bewußte Unwahrheit, wenn ein anderer erklärte, daß die Gelben aus eigener Kraft wieder zu einer Organisation geworden seien, ohne die Hilfe der Regierung und der Unternehmer.

Die Herrschaften lagen deutlich, wer sie sind und was sie wollen. Herr Geißler, der sich als Vorsitzender des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften bezeichnet, begrüßte die Anwesenden. Er renommierte folgendes:

Heute und Morgen werde ein Stück der Revolution, ein Stück der Sozialdemokratie begraben. Das Proletariat der Sozialdemokratie und eines Teils des Bürgertums über den Untergrund der Gelben sei verfrüht gewesen. Mehr als 150 000 Arbeiter und Angestellten hätten sich in den gelben Gewerkschaften wieder zusammengeschlossen. Wie beschließen! Sie treten als Anführer gegen den 9. November und seine Errungenschaften auf. Sie wollen den Kampf aufnehmen gegen den „Terror“, gegen den selbst die Regierung sich kaum zu wehren vermag. Wo wir in Klammern bemerken, daß die Leute Roske vergessen zu haben scheinen. Am 9. November dürfte man nicht der Revolution, sondern der unzähligen Toten gedenken, die auf fremden Böden für Kaiser und Reich und für das deutsche Vaterland fielen. Dabei ist die Anwesenheit von den Blüthen erhaben, aber niemand wußte recht, ob diese Ehrung den durch die Schuld der Genannungsgegenossen des Herrn Geißler auf den Schlachtfeldern Hingemordeten oder dem Delektur Wilhelm galt. Jedenfalls will Herr Geißler diesen Geist des Massenmordes in Deutschland wieder erwecken. Das ist unser Gelöbnis am Vorabend des 9. November.“ Darauf langanhaltender Beifall.

Was Herr von Lersner über den Friedensvertrag erzählte, kann uns kalt lassen. Herr Geißler aber, anheimelnd die einjährige Nummer, hob von neuem an, um mit einem Vortrag zu beweisen, daß sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf langsamem Wege befinde. Daß diese Leute die Verlängerung der Arbeitszeit fordern, verächtelt sich. Das ist ihr dringendster Auftrag. Es übertrifft auch nicht, daß sie sich gegen die Sozialisierung wenden. Daß sie aber die Stirn haben, die Wirtschaft vollends auf den Kopf zu stellen, und so offen mit Verdröhung der Tatsachen zu arbeiten, verblüfft doch ein wenig. Die alten Industriekapitäne, die allein imstande gewesen wären, das sinkende Schiff in den sicheren Hafen zu bringen, seien ausgeblieben worden und an ihre Stelle seien Leute getreten, die nur das „Mittelsbüchlein mit dem Stempel des Radikalismus“ in der Tasche trügen. Die Preise seien emporgeschossen, und das sei verursacht durch die Arbeiter, die die Faust direkt an die Gurgel ihrer Volksgenossen legen können.“ Man kann sich nicht vorstellen, daß 600 Menschen diesen Unfuss geduldig ertragen. Wenn Lächerlichkeit wirklich zu läten vermöchte, dann müßte der Boden des Tiergartenhofs jetzt bereits hoch mit Leuten bedeckt sein. Das internationale Denken, erklärte Herr Geißler weiter, habe verlegendend gewirkt. Wir haben den Eindruck, daß vielmehr das nationale Denken nach der Art dieser bezahlten Eunuchen des Kapitals verlegendend wirkt, allerdings nur auf die

Gehirne. Die Grundzüge, die der Geißler aufstellte, müssen wir aber wirklich wiedergeben, denn sie sind ein so prächtiges Dokument dieser völligen geistigen Verelendung, daß sie nicht verloren gehen dürfen. Sie lauten:

„Wir halten grundsätzlich die Eigenwirtschaft für die dem allgemeinen Kulturfortschritt, wie dem Wohl der Arbeiter und Angestellten am besten dienende Wirtschaftsform und sind ständig bemüht, diese zu größter Ergiebigkeit für das Gemeinwohl im Sinne der christlichen Sittenlehre zu veredeln. Wir sind der Überzeugung, daß die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbindenden gleichlautenden nationalen und wirtschaftlichen Interessen schwerwiegender sind, als Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung des Arbeitsvertrages und daß ein möglichst friedliches Zusammenarbeiten aller Erwerbsstände unter Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten am Beschäftigung und Gewinn der Unternehmungen das Wohlergehen der Arbeitnehmerschaft besser fördert, als der Klassenkampf. Die dem Nationalverband deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Verbände erstreben deshalb die Vertretung der wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder möglichst auf dem Wege friedlicher Verständigung, erforderlichenfalls bedienen sie sich aber auch der anderen gesetzlichen Mittel. Der Nationalverband ist parteipolitisch und konfessionell neutral.“

Es ist gut, daß diese Gesellschaft so die aufträgt. Obwohl sie heute keine Gefahr mehr für die Arbeiterbewegung bilden, denn sie sind ein dürftiges Häufchen von Dummköpfen, die auch durch die reichen Zuschüsse ihrer großindustriellen Arbeitgeber nicht zu einer Rolle im sozialen politischen Leben Deutschlands gelangen werden. Immerhin ist es gut, daß sie sich so offen zu erkennen geben. Eine Freiheit ist es nur, daß diese Brüder in ihren „Grundzügen“ den Eindruck zu erwecken suchen, als lehnen sie den Streik nicht gänzlich ab. Ist es doch ihre Pflicht, den Streikbruch zu betreiben. Dafür werden sie doch bezahlt.

Am Montag wurde die Komödie im Tiergartenhof beendet. Aus dem Bericht des gelben Oberhauptes Geißler ist bemerkenswert, daß er seinen Verwandten, den Christlichen, zu Leibe rühte. Diese sollen angeblich den Roten in den Sattel geholfen haben. In einem Anfall von Größenwahn bezeichnete dieser Geißler die „Gelben“ als „den rechten Flügel der deutschen Gewerkschaften“. Mit gemachter Entrüstung teilte er dem überhörenden Auditorium mit, daß der Christliche Gewerkschaftsbund ihm eine glänzende Position versprochen habe, wenn er die „Gelben“ an die Christlichen verrate. Dieses wurde mit stürmischen Applaus aufgenommen, womit der Ansehens erweckt werden sollte, als wenn bei diesen Herrschaften Geschäft nicht immer Geschäft wäre. Im übrigen rühmte Geißler den früheren Reichsarbeitsminister Schlieke, der „in vielen Punkten vernünftiger und entgegenkommender gewesen sei, als der jetzige Reichsarbeitsminister Brauns“.

Nachdem noch einige im Programm vorgesehene Redner sich kurz geäußert hatten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich gegen jede Sozialisierung wendet. Das war an sich eine äußerst überflüssige Handlung, da man ja schon weiß, was man von diesen gelben Heiden zu halten hat. Im übrigen sei noch bemerkt, daß „Dron und Alt“ auf der Tagung in der atthergebrachten Weise zu ihrem Recht kamen.

Die erboste Reaktion Zum Verbot der Orgesch

Die reaktionäre Presse empfindet Seeverings Verfügung gegen die Orgesch als einen Schlag gegen die Interessen der Konterrevolution. Die Behauptungen der reaktionären Blätter bilden eine Mischung von Entsetzen, wüstem Geschimpfe und Drohungen. In die heftigste Aufregung ist die „Tägliche Rundschau“ verfallen, die in Seeverings Verordnung einen Akt der brutalen Herrschaft der „Mehrheitssozialdemokratie“ sieht. Die Orgeschleute seien „verfassungstreue Breuken“, die dem Minister helfen wollten, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Cooring selbst habe sich unfähig gezeigt, den Bürger und arbeitstreibenden Arbeiter zu schützen.“ Der Minister habe sich ferner der offenen Kampfanlage an Bayern und der Denunziation der bayerischen Einwohnerwehr an die Franzosen schuldig gemacht. Die „Tägliche Rundschau“ schließt:

„Die Bayern werden sich ihre Einwohnerwehr, trotz des freundlichen Seeveringschen Winkes an Frankreich, der Unvereinbarkeit mit dem Versailler Frieden, nicht nehmen lassen und Herrn Seevering vermutlich eine sehr deutliche

Kantwort geben, die ihm zu adnen wäre, wenn nicht der ganze Zwist zum Schaden des Reiches ausgetragen wird.“

Die „Post“ ringt nur die Hände und ruft „Zustände! Zustände!“ Den Unabhängigen und Kommunisten habe der Minister einen Triumph verschaffen wollen, darum habe er seinen Amiscollegen, den Justizminister, verleugnet.

„Biemlich sprachlos ist einstweilen noch die „Deutsche Zeitung“. Sie bringt nur die kurze Mitteilung von dem Verbot, ohne den vollen Inhalt der Verordnung zu veröffentlichen, und bezeichnet das Vorgehen Seeverings als einen „Akt ganz ungeleglicher Willkür“. Diese Zeitung hofft ebenso wie ihr Schwesterblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, daß Seevering vom Staatsministerium desavouiert werden möchte, denn da sei doch wohl noch „mehr Einsicht“ und „mehr Rechtsgefühl“ zu finden als sich in diesem Verbot der schwerbewaffneten konterrevolutionären Organisation offenbare. Drohend schließt das Agrarierblatt:

„Herr Seevering soll den Bogen nicht überspannen. Lange genug hat der friedliche Bürger mit sich Schindluder spielen lassen. Er ist erwacht und wird sich mit Zähnen und Klauen gegen solchen Gewaltakt zu wehren wissen.“

Wir sind gespannt, ob Herr Seevering alle diese Angriffe verdient, indem er den Mut aufbringt, den begonnenen Weg energisch zu Ende zu gehen.

Hebung der Bautätigkeit

Aus Prag wird uns geschrieben:

Wie in allen übrigen Staaten macht sich auch in der Tschechoslowakei eine ungeheure Wohnungsnot bemerkbar, die in erster Linie die größeren Städte und Industrieorte trifft. Infolgedessen ist es verständlich, daß die Regierung verschiedene Anstrengungen unternimmt, um die Bautätigkeit zu fördern, dies umsomehr, als dadurch gleichzeitig der drohenden Massenarbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Bereits im April erschien ein Gesetz, das allen privaten Unternehmern eine Subvention bis zu 40 Prozent der Baukosten zusicherte, doch wurde dieses Angebot wenig benützt. Die Bauunternehmer verlangten eine Subvention von 60 Prozent und 63 Jahre Steuerfreiheit. Bei diesen Bedingungen würde der Staat günstiger gleich selber bauen. Gleichzeitig wurde ein anderes Gesetz erlassen, das gemeinnützigen Baugenossenschaften den Bau erleichtern sollte. Sie haben bei der Einreichung der Pläne ein Budget von 10 Prozent der Gesamtkosten zu hinterlegen, worauf der Staat für die restlichen 90 Prozent die Garantie übernimmt. Der Nachteil dabei ist der, daß sie sich das Geld selbst beschaffen müssen, was bei der herrschenden Geldnot auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Der Staat bestimmt den Zins, der für die Wohnungen zu bezahlen ist und der etwas höher als der Lebenszins gestellt wird, während die über den Mietbetrag hinausgehenden notwendigen Summen für Vergütung und Amortisation der 90 Prozent durch den Staat getragen werden, was natürlich eine sehr große Summe ausmacht.

Jetzt wird ein weiteres Gesetz über die Baupflicht der Unternehmer vorbereitet. Jeder Unternehmer soll verpflichtet werden, sozial Wohnungen zu bauen, daß seine Angehörigen untergebracht werden können. Zur Beschaffung des Kapitals wird ihm das Recht gegeben, den Reingewinn des Betriebes zum Bau zu verwenden, ohne daß der zur Verwendung kommende Betrag der sehr ansehnlichen Steuer unterliegt. Der Staat verzichtet also zugunsten der Bautätigkeit auf das Steuererträgnis dieser Betriebe. Gleichzeitig soll die Verpflichtung ausgeprochen werden, daß die Baumaterialien, mit denen bisher ein großer Mangel getrieben wurde, zu bestimmten Höchstpreisen abgegeben werden müssen.

Koalitionspolitik in Belgien

Paris, 1. November.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel hat der sozialistische Parteitag sich mit 447 000 gegen 212 000 Stimmen bei 3000 Stimmenthaltungen für die Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Koalitionskabinet ausgesprochen. Dies bedeutet eine Vermehrung um acht Prozent Stimmen, die gegen die Beteiligung an der Regierung sind, gegenüber der Abstimmung auf dem letzten zu Ostern abgehaltenen Parteitag.

Der Chef

Von Erich A. Schmidt.

Wenn überall der am stärksten Befähigte, der reinste Mensch, der beste Charakter an der Spitze stünde, einer, der Klugheit und Menschlichkeit in sich vereint, so würde sich ihm die Schar der anderen willig fügen. Wer aber hat jumeist die beschreibende Gewalt über Tausende in seiner Hand? Der Kluge, der Reine, der Edle? Nein, die Macht hat der Brutale, der Krieger, der sich raffiniert empordreht, der Erbsohn, der dem reichen Vater folgte. Sie alle sind Despoten, deren Söhne auf den Nacken freier Menschen stehen.

Wir haben eine verzuichte Kategorie Underseiner zum Teufel gesagt: die Automaten im Hermelin, die ein sinnloses Gesetz zu Herrschern über Viele setze. Kraft ihrer Erstgeburt. Und wenn sie Idioten und Verbrecher waren. Vor denen sich das Geschmeiß in allen Schichten bückte, sobald sie sichtbar wurden. Aber die Macht der übrigen Tyrannen, Ebenbilder der erlauchten Fürsten, ist noch ungebrochen. Ihr kennt sie, diese kleineren Despoten, in Fabrik, Schule, Bergwerk, Bureau, in jedem Betrieb, der eine Schar von Schicksal zum Erwerb verdammt in seinem Kreis vereinigt. Sie alle haben Autorität kraft zweier Faktoren: Titel und Geld. Die Titelwürde schwankt, — die goldene Klamme aber preßt die Gurgel der Verdammten wie seit je. Kennt Ihr sie nicht, die hohen Herren, die vom Schweiß ihrer Untergebenen leben, unnahbar wie Götter, mit strengem Blick und brutalem Ton? Sie müssen ausziehen. In eurer Hand liegt die Macht, sie zu zerstören. Sie müssen fühlen, daß sie, vom Zufall begünstigt, kein Recht haben, herzlos das Schicksal einer Menschenschar zu sein. Sie müssen am horizon Blick und aufrichtigen Rückgrat ihrer Helfer spüren, daß sie ein Nichts sind ohne sie. Aufhören soll das gottverfluchte zittige Gefühl das den Armen in der Atmosphäre des Reichtums befüllt. Brechen sollt Ihr die höfliche Nacht des Goldes! Seht dem Götzen hinter die Stirn: sie ist leer!

Immer wieder tut es mir im Herzen weh, wenn ich alte Männer in Fleher geraten sehe, sobald man sie ins Privatbureau ruft. Dort ist vielleicht ein junger Kerl, der vom Vater her den ganzen Reichtum übernahm, ein glanzvolles Leben führte, weil das Geschick ihn gerade in diese Wege legte; der nun, unversehrt von Sorge und Not, ein herzlos herrliches Kommando führt. Vor diesen Söhnen reicher Väter müßt Ihr, o Zeitgenossen, das Fitteln verlernen. Verlernen müßt Ihr es vor allem, die nichts als Geld besitzen, um Euch zu machen. Bewußt müßt Ihr werden der Macht, die in eurer Arbeit liegt. Wie freie Männer sollt Ihr vor sie treten, das Gefühl in der Brust: Was seid Ihr ohne uns! (Und dennoch nicht vergessen: Auch wir gebrauchen einen leitenden Willen!) Respekt vor der Persönlichkeit, nicht vor dem Besitz, — das sei die Lösung.

Immer wieder kann man es sehen, daß Arbeitende ihren Lohn,

lauter verdient, als zu gering in jedem Fall, weil dafür Freiheit hingegen war, wie ein Geschenk entgegenzunehmen. Auch die Vermittler der Befolgung, die Kassierer, haben häufig die Geste gnadenvoller Götter.

An ihrem Dinkel sind schuld allein die allzu Demütigen, die Bitternden, die Schwachen. Jene alle, die den Reichtum überschätzen.

Das Verhältnis zwischen Chef und Untergebenem trägt bei den Deutschen noch immer die alte militäristische Note: Strammgestanden. Hand an die Kack, wenn ich mit Euch rede, ich, der Chef.

Die neue, von Fesseln befreite Generation muß fühlen: Arbeiter oder Dirigent, arm oder reich, wie sind Menschen allzumal. Wir sind Ritter an einem Werk. Tyrannen gehören, als lächerlicher Spuk, der Vergangenheit an.

Arbeiterdichter. Im Scharwenka-Saal wurde am letzten Freitag ein Arbeiter-Dichter-Abend veranstaltet. Da die Bourgeoisie kein Interesse für Arbeiterdichter hat, das Proletariat aber durch eine Veranstaltung, die Eintrittspreise bis zu 10 M. erhebt, nicht angezogen wird, war der Besuch sehr schwach. Fritz Droop, der die einleitenden Worte sprach, zog von Heine und Freiligrath eine Linie zu Karl Hendell, Arno Holz, Richard Dehmel, und wies nach, daß diese Linie weiter zu Karl Bräuer, Alfons Rebold, Max Barthel, Bruno Schönlank, Heinrich Verh und Gerrit Engelke führt. Das sind die bedeutendsten Dichter, die das Proletariat bisher hervorgebracht hat. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie den engen Rahmen der parteipolitischen Tendenzlieder gesprengt haben. Der Sozialismus, ihre Weltanschauung, ist nicht mehr Parteisache, sondern vollumspannende Menschheitsfrage geworden und das schönste Lied über dieses Thema hat, nach Droop, vielleicht Karl Marx in seinem Kapital gedichtet. Der Vortragende gab von den einzelnen Dichtern ein klar umrissenes Charakterbild. Er ließ uns aber im unklaren darüber, welche Trennungslinien zwischen den proletarischen und den bürgerlichen Dichtern bestehen. Diese Trennungslinie muß überhaupt schlicht zu ziehen sein. Aber es wäre wohl einer Unternehmung wert, ob die Arbeiterdichtung berufen ist, eine neue Note in die Kunst zu tragen, ob dies durch die bisherigen Arbeiterdichter schon geschehen ist und, wenn nicht, welche Gründe dafür maßgebend sind. Dem Vortrag Droops schlossen sich Regitationen an. Hans Brockmann vom Deutschen Theater gab von jedem Dichter einen Strauß schöner Gaben. Verh, Engelke und Barthel erschienen als die dramatisch begabtesten unter den Arbeiterdichtern; Schönlank ist der starke Lyriker.

Der Golemfilm. Paul Wegener hat seinen Golem, das zum Leben erweckte steinerne Ungeheuer, in eine veränderte Fassung gebracht. Das Schicksal an dem Film sind die phantastischen Bauten Hans Fajzigs, die den architektonischen Rahmen bilden, auch die Regie hat einige meisterliche Bildwirkungen zustande gebracht. Dem ganzen fehlt aber der alttestamentarische hebräische Hauch, besonders dem Rabbi des Herrn Steurück. Dennoch sind die

Kampfsiegerischen Leistungen von Wegener, Steurück und Ernst Deutsch härter als die ins Kitzliche abgleitende Handlung, auf deren Liebeslachend sich Edda Salmonowa und Lotbar Klüdel bewegen. Der Film erhebt sich aber im ganzen künstlerisch weit über den Durchschnitt. Die Gewänder von Rochus Giele und die eigene musikalische Unterhaltung von Hans Landsberger vervollständigen den Eindruck vorbildlich guter Zusammenarbeit.

In der Staatsoper hatte sich Maria Zogán als vorläufig letzte Gattin die Kofine im Barbet von Sevilla gewählet. Es gibt Rollen, in der diese süße Stimme ihre Seele hingebender verströmen kann als in den mühteren Schmelereien dieser kleinen Törin, der der spanische Figaro hier nur als beschiedener Helfer zur Seite steht. In dieser italienischen Spieloper, die musikalisch anmutig quillt und rieselt, ist von dem zum revolutionären Volksausfall treibenden gebildeten Helben des Beaumarchais in seiner auch Mozarts unsterblichem Werk zugrunde liegenden Komödie von Figaros Hochzeit nichts zu spüren. Die Aufführung, heftig als zu verstaubt und antiquiert, gewann durch den Figaro des Herrn Fodor und den Bartolo des Herrn Schönlank außerordentlich, während der Alzapina des Herrn Roe nicht auf der Höhe und der Basilio des Herrn Stod ganz verfehlt war. Nicht komisch, nicht bizarr, sondern nur „erlösete Sah!“ — das ist diese Partie in wenig. Auch sonst müßte eine Neuenstudierung für Aufführungen sorgen.

Kriegsgrüßer Werke, die jetzt 30 Jahre nach dem Tode des Dichters abdruckt wurden, sind in einer vierbändigen Sammelausgabe von Carl Neumann im Verlag Philipp Reklam herausgegeben worden. Sie enthält außer einem Lebensbild und den beiden großen Dorfromanen „Der Sternkeinhof“ (den unsere Leser kennen) und „Der Schandfleck“ in fortgesetzter Auswahl die besten erzählenden und dramatischen Arbeiten Kriegsgrüßers und will dazu beitragen, dem Volksdichter endlich die große Lesergemeinde im Volk zu werben, die ihm längst gebührt.

Der Andruh. Ein Jahrbuch neuer Jugend. Mit einem Nachwort herausgegeben von Otto Schneider und Artur Ernst Rutra. Kolland-Verlag, München-Pasing 1920, geb. 8 M. Der Kreis der Mitarbeiter der in Wien gehorenen Zeitschrift der jüngsten Generation „Der Andruh“, erscheint in diesem unter dem gleichen Titel herausgegebenen Jahrbuch zu einer Gesamtheit zusammengeschl. Kornfeld, Hannrich, Ehrenstein, Wolfenstein und die anderen haben in dichterischen Proklamationen, dramatischen und lyrischen Gebilden den Ausdruck bewegten und bewußt gesteigerten Lebens.

„Der Kleine Roman“ (wöchentlich ein Heft 1 Mark, vierteljährlich 12 Mark — Verlag H. S. Hermann u. Co. in Berlin) bringt in der Nummer 41 die Erzählung: „Sein Gärtchen“ von Wolfgang Kirchbach. Nummer 42 bringt eine neue Novelle von Johannes Schlaf: „Hinter der Kirche“, in der der Dichter (von Eugen Spitz illustriert) die Schicksale eines Träumers schildert, der durch die Liebe eines Hausfräuleins erlöst wird. — „Der Kleine Roman“ Nummer 43 bringt die Erzählung von Adam von Arnim: „Der tolle Jndalbe auf dem Fort Kantonau“. Ein Meisterstück der deutschen Romantik. Die Illustrationen sind von Erich Simon.

Der Parteitag der Kommunisten

Beratungen über die Verschmelzungsfrage

Der Parteitag der Kommunisten wurde am Montag mit einer nichtöffentlichen Sitzung in den „Sophienkassen“ in Berlin eröffnet. Es wurde ein Bericht über die nichtöffentliche Tagung an die kommunistische Presse herausgegeben. Bemerkenswert ist, daß die „Internationale“ eine Anzahl Stellen, die ihr anjöhig erschienen sind, daraus gestrichen hat. Ueber die Situation in der Partei sprach Thalheimer. Er schilderte die Entwicklung der kommunistischen Partei und erklärte, daß die Spaltung von der U. S. P. D. nach dem Ausbruch der Revolution vor allem auf die Gegensätze in der aktuellen revolutionären Politik zurückzuführen sei. Auf dem Heidelberger Parteitag habe sich die Abspaltung der linkslinken Elemente vollzogen. Die kommunistische Partei sei zwar zahlenmäßig nicht zur Massenpartei geworden, aber neben der russischen kommunistischen und der italienischen sozialistischen Partei sei sie die einflussreichste Partei der kommunistischen Internationale. Nach dem Parteitag von Halle sei die Verschmelzung mit der linken U. S. P. D. unvermeidlich (1). Viele Genossen hätten Bedenken gegen eine so schnelle Verschmelzung, aber sie sollten berücksichtigen, daß die Mitglieder des linken Flügels der U. S. P. auf anderem Wege zu Kommunisten geworden seien, nicht durch Klartexte der russische Einflüsse (2), sondern durch revolutionären Kampf. Die Verschmelzung müsse so schnell wie möglich durchgeführt werden, besonders deshalb, weil die Bourgeoisie mit allen Mitteln die Bildung einer kommunistischen Massenpartei zu verhindern suche. Organisatorisch sei bei der Verschmelzung das größte Entgegenkommen geboten. Es soll eine gemeinsame provisorische Zentrale aus den Zentralen beider Parteien paritätisch gebildet werden unter Teilnahme eines Vertreters der Exekutive in Moskau. In den Bezirken und Ortsvereinen soll die Verschmelzung sehr rasch durchgeführt werden, wo dies aus örtlichen Gründen geboten sei. Für die Presse sei ein gemeinsames Pressebüro bereits eingerichtet worden. Die Zeitungen sollen aus Mitgliedern beider Parteien besetzt werden. Die in den Parlamenten und in allen übrigen Körperschaften tätigen Genossen sollen der Kontrolle und der Einwirkung der Zentrale unterliegen. Der Vereinigungsparteitag wird am 8. Dezember stattfinden.

In der Diskussion befaßte sich Schnellbacher-Hanau über Mängel an brüderlicher Form in der Zusammenarbeit mit der linken U. S. P. D. Die Gründung der „Internationale“ in Berlin und der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ in Frankfurt a. M. sei nicht verständlich. Es scheint, als ob die linken Unabhängigen erst eine feste Organisation aufbauen wollten, um den Kommunisten gegenüber eine festere Macht zu repräsentieren. Henkel-Leipzig meint, daß in Sachen der Verschmelzungsfrage bis Anfang Dezember nicht durchgeführt sei. Jetzt noch hätten die linken U. S. P. D. zur Landtagswahl eine eigene Liste aufgestellt mit Fritz Geper an der Spitze, der bis zuletzt in der Frage der Internationale schwankend war. Thomas-München wendet sich gegen die Namensänderung. Zum Kampfe der linken U. S. P. D. gegen die Rechte hätte eine Beilage zur „Roten Fahne“ genügt. Meyer von der Zentrale spricht für die Durchführung der Verschmelzung in den Ortsvereinen und berichtet über die Verhandlungen mit der K. A. P. D. in Moskau. Tuch-Stoedter und Baumig hätten sich erst dann offen von Dittmann und Crispian geschieden, als durch die Zufügung von drei neuen organisatorischen Punkten zu den Aufnahmebedingungen klar ausgesprochen war, daß man die „Dittmänner“ auf keinen Fall in die dritte Internationale aufnehmen würde.

Stoedter behauptet, daß sich bisher bei der Verschmelzung erstaunlich wenig Schwierigkeiten ergeben hätten. Die Verschmelzung der Prekorgane der Parteien müsse möglichst schnell durchgeführt werden. Die „Internationale“ müßten wir schaffen, weil wir ein Zentralorgan zum Kampf gegen den rechten Flügel brauchen. Später muß die Verschmelzung mit der „Roten Fahne“ durchgeführt werden. Wir haben die „Kämpfer“ beibehalten, weil wir noch einen Kampf um sie, wie um die anderen Zeitungen unserer Partei führen. Die Verschmelzung mit der „Kommunistin“ unter der Redaktion Clara Zellins ist selbstverständlich. Auch wir wünschen einen früheren Termin des Einigungs-Parteitages, um unseren Kampf gegen den rechten Flügel besser durchführen zu können. Auch wir haben den Anregungen der russischen Genossen in dieser Frage nachgegeben, die eine möglichst frühe Annahme der Verschmelzung wegen ihrer Wirkung auf die bevorstehenden Parteitage in Frankreich und in Italien, wünschten. Auch politische Erwägungen haben beigetragen. Wir sind heute beide nicht aktionsfähig und müssen daher die geeinigten geschlossene Partei möglichst schnell bilden. Stoedter wendet sich gegen die Ausnahme der K. A. P. D. als sympathisierendes Mitglied in die kommunistische Internationale.

Wolf von der Zentrale erklärt, daß die kommunistische Internationale zwei Aufgaben zu erfüllen habe. Als weltweite Partei müsse sie jede revolutionäre Bewegung unterstützen, sei sie selbst kleinbürgerlich oder nationalistisch. Gleichzeitig müsse sie dem Proletariat aller Länder die kommunistische Partei geben. Das könne sie nur, wenn sie selbst eine einheitliche internationale kommunistische Partei sei. In seinem Schlusswort bedauerte Thalheimer, daß zu den Wahlen in Sachen der Neukommunisten und Kommunisten verschiedene Listen aufgestellt hätten.

Eine Resolution des Zentralkomitees zur Verschmelzungsfrage wurde einstimmig angenommen. Gegen eine Stimme wurde die nachträgliche Zustimmung zur Namensänderung gegeben. Nach Erledigung der Tagesordnung soll der Parteitag vertagt und am 3. Dezember in derselben Zusammensetzung wieder einberufen werden. Vorher soll eine Konferenz mit den Neukommunisten stattfinden, bestehend aus Gewerkschafts- und Arbeiter-Unionen-Delegierten. Ein Chemischer Antrag, der eine besondere Propaganda für die Arbeit in den Konsumvereinen verlangt, wurde angenommen. Überlein gab den geschäftlichen Rapport, über den aber im offiziellen Bericht nichts mitgeteilt wird. Gegen fünf Stimmen wurde beschlossen, daß Holz wieder in die Partei aufgenommen werden solle, wenn er „ausdrücklich verpflichtet, sich unbedingt der Parteipolitik zu fügen. Außer den Bezirksvertretern, den Wanderrichtern, den Jugend- und Frauenvertretern sind 70 Delegierte anwesend. Am Dienstag beginnt die öffentliche Tagung.

Abgelehnte Mandatsniederlegung

Genosse Fritz Kunert übersendet uns eine Erklärung, in der er sich gegen die vom Bezirksparteitag der Halleischen Neukommunisten gestellte Zumutung wendet, sein Mandat zum Reichstag niederzulegen.

„Der neukommunistische Bezirkstag“, schreibt Kunert, „trägt, alle innere Wahrsamkeit beiseite lassend, nur aus Rücksichtungsgründen den Namen der U. S. P. D., die er nach Möglichkeit mit allen Kräften vernichten will. Die Erwartung auf Mandatsniederlegung ist daher reichlich naiv, da ich mich der U. S. P. D. nicht irgendeiner anderen politischen Partei, die unter falschem Namen auftritt, durch Revers verpflichtet habe. Zu jener Zeit (am 18. April 1920), als ich meine schriftliche Erklärung dem Bezirkstag übergab, standen Bezirksvorstand, Delegierte des Bezirkstages, sowie alle Parteimitglieder unzweifelhaft auf dem Boden der U. S. P. D. Jetzt hat sich das völlig dahin geändert, daß der Bezirkstag, sowie der gesamte Vorstand nicht mehr der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, sondern Kommunisten sind, eine Wandlung formeller und tiefinhaltlicher Natur. Ich hätte, als ich meine schriftliche Erklärung dem Bezirkstag der U. S. P. D. übergab, mit den Kommunisten damals ebensowenig etwas zu tun, wie jetzt, wo Neukommunisten unter falscher Namenshülle mich auffordern, mein Mandat niederzu-

legen. Der Bezirkstag hat mit Annahme der 21 Bedingungen der Pflicht, die eigene Partei mit allen Kräften zu fördern, zu widergehandelt im Interesse einer organisationsfremden Partei. Er hat sich damit als neukommunistische Organisation von der organisierten Gemeinschaft der U. S. P. D. losgelöst, zu der ich gehörte und der ich nach wie vor angehöre. Der Bezirkstag dagegen hat durch die Annahme der kommunistischen Bedingungen — trotz Diktens falscher Fingere — aufgehört, ein Bezirkstag der U. S. P. D. zu sein. Daraus schöpfe ich das Recht und habe die Pflicht, die Zumutung, das mir anvertraute Reichstagsmandat niederzulegen, entschieden zurückzuweisen.“

Magistratsbeamtenstreik in Halle. Die Hilfsangestellten des Magistrats der Stadt Halle sind nach einer Versammlung, in der sich 90 Prozent der Angestellten für den Streik erklärten, am Montag in den Streik getreten. Die Brotmarken-Ausgabestellen sind zum Teil geschlossen. Zwischen dem Magistrat und den Vertretern der städtischen Arbeiter schweben noch Verhandlungen.

Neue Viebesgaben an die Landwirte. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Wertverteilungsgesetze Berlin ermächtigt, bis zu 50 Mark Qualitätszuschlag auf die Tonne Gerste den verkaufenden Landwirten über die in der Verordnung vom 14. Juli 1920 Reichsgesetzblatt 1456 festgesetzten Höchstpreise hinaus zu zahlen.

Aus der Wirtschaft

Die Zusammenballung der Kapitalmacht

Die Geschwindigkeit, mit der sich die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger großer Unternehmungen vollzieht, bildet den wichtigsten Maßstab für den Reifegrad der kapitalistischen Wirtschaft. Je weiter die Konzentration vorgeschritten ist, desto reifer sind im allgemeinen die Industriezweige mit härtester Kapitalkonzentration zur völligen Ausschaltung des Unternehmers, zur Sozialisierung. Es gilt daher, den Konzentrationsprozeß in der Industrie aufmerksam zu beobachten.

In Deutschland hat in der jüngsten Zeit ein stürmischer Konzentrationsprozeß eingesetzt, insbesondere in der kapitalistisch ohnehin schon entwickeltesten Montan- und Hüttenindustrie. An der Spitze dieser Bewegung steht der Stinnes-Konzern, der nicht nur Zeitung auf Zeitung, sondern ein Eisenunternehmen nach dem anderen aufkauft und sich so zu einem wustartigen Gebilde mit amerikanischen Dimensionen entwickelt. Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung bildete die Interessengemeinschaft, die die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A. G., das Königreich des Herrn Hugo Stinnes, mit der Selskafthener Bergwerks-A. G., einem ebenso gewaltigen Montanonzern, abschloß und die vor kurzem ihre organisatorische Form in der Rhein-Elbe-Union erbielt. Wie ein Schwamm saugt dieser Riesentrust ein Unternehmen nach dem anderen auf, zuletzt den Bochumer Verein für Bergbau und Hüttenfabrikation.

Seit diesem letzten Aufstuf sind kaum drei Wochen verfloßen und schon weiß die „Frankfurter Zeitung“ von einer neuen, noch gewaltigeren Konzentration zu melden, die sich in Vorbereitung befindet. Demnach seien Verhandlungen über eine Interessengemeinschaft zwischen der Rhein-Elbe-Union und dem Siemens-Schuckert-Konzern im Gange. Siemens-Schuckert ist bekanntlich neben der A. E. G. das größte, gleichfalls trustartige Unternehmen auf dem Gebiete der Elektrozylinderindustrie. Der Prozeß, der sich hier abspielt, stellt, national-ökonomisch betrachtet, einen Fall der sogenannten vertikalen Konzentration dar, d. h. des Zusammenschlusses von Rohstoff- und verarbeitender Industrie, aber in Dimensionen, die in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft beispiellos dastehen. Kommt dieser Zusammenschluß zustande, dann steht das Proletariat einer Kapitalmacht gegenüber, so geschlossen festgelegt und wohlorganisiert, daß sie nur durch eine ebenso geschlossene und wohlorganisierte Macht überwunden werden kann.

Kapital und Patriotismus

Das Sinken des Wertes unserer Währung, dem kein gleich schnelles Steigen der Aktienurse entspricht, bewirkt, daß die Aktien unserer Industrieunternehmen den ausländischen Kapitalisten billig erscheinen und ihr Verkauf profitabel. Aber es ist bezeichnend für die Gestaltungslosigkeit des Geldbeutels, daß das Ausland dabei Unterstützung von inländischer Kapitalistischer Seite findet. Besonders zeichnet sich darin die Kölner Eisenhandelsfirma Otto Wolff aus, die während des Krieges heimlich rund Hunderte von Millionen verdient hat — auf welchem Wege, das ist ein Kapitel für sich. Nach dem Kriege hat sie sich mit einer holländischen Gruppe liiert, unter deren Mitwirkung sie bereits rund 40 Millionen, das ist fast die Hälfte des 100 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals des „Phönix“, in die Hände bekommen hat.

In den letzten Tagen sind nun die Aktien der Orenstein u. Koppel A. G. auffallend im Kurse gestiegen, und jetzt stellt sich heraus, daß diese Aufwärtsbewegung ebenfalls durch Käufe der Wolff-holländischen Gruppe veranlaßt ist. Sie scheinen bereits einen so großen Umfang angenommen zu haben, daß die Gruppe einen entscheidenden Vorstoß machen zu können glaubt. Ein der Gruppe nahestehendes Mitglied des Aufsichtsrates wird in der nächsten Sitzung die Ausgabe von 25 Millionen Mark neuer Aktien beantragen, die der Firma Wolff zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ausbeutung bleibt Ausbeutung. Demnach aber ist es auch für die Arbeiter nicht ganz gleichgültig, ob sie von inländischen oder von ausländischen Kapitalisten ausgebeutet werden. Und dann: es wird auch später, bei der letzten Auseinandersetzung mit dem Kapital, von Bedeutung sein, mit wem wir den Kampf auszufechten haben.

Aus der rumänischen Oelindustrie

Der Entwicklung der rumänischen Oelindustrie wird von der Regierung erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Das Handels- und Industrieministerium hat vor kurzem einen Erlaß herausgegeben, demzufolge das ganze Petroleumgebiet in sieben Distrikte geteilt und der Verwaltung eines Generalinspektors der Oelfelder unterstellt wird. Unterabteilungen dieser Generalverwaltung werden in Baku, Buzau, Ploesti, Petroani, Cluj, Timisoara und Baia-Mare errichtet. Ferner plant man eine Gesellschaft „Construction Oile et Industrielle“ ins Leben zu rufen, die alle für die Weiterentwicklung der Petroleumindustrie erforderlichen technischen Arbeiten ausführen soll. Die Zentrale dieser Gesellschaft wird sich in Ploesti befinden, in ihren Dienst sollen führende rumänische Geologen und Bohringenieurere treten. Die Petroleumausbeute im Monat September wird auf 65 000 Tonnen geschätzt, übersteigt damit die Ausbeute des vorausgegangenen Monats um annähernd 18 000 Tonnen. Der rumänische Petroleumexport im Monat September belief sich auf ca. 18 000 Tonnen.

Die russische Flachsernte

Die „Ekonomscheskaja Schln“ bringt folgende Mitteilungen über die Flachsernte: Im Jahre 1914 sind in Rußland 1 036 874 Desjatinen, im Jahre 1919 — 538 000 Desjatinen Flach gebaut worden. Im Jahre 1920 hat sich die Flachsbaumfläche gegenüber dem Vorjahre um 40 Prozent vermindert. Man erwartet eine Ernte von 3 bis 4 Millionen Pud.

Eine Bank als Valutaschmugglerin. Die ungarische Merkurbank wurde von der Polizei gesperrt, weil diese Bank in der letzten Zeit Saluten im Werte von 100 Millionen nach Wien geschmuggelt hat.

Der Zusammenbruch der Kleinbahnen wird in einer kleinen Anfrage an die Regierung behauptet und gefragt, was die Reg-

tung im Interesse der davon betroffenen Wirtschaftsgebiete und der beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu tun gedenkt.

Aus den Organisationen

Widau, Kreis Lettom. Die Trennung von den Neukommunisten ist in einer am 27. d. Mts. stattgefundenen Versammlung auch in unserem Orte durchgeführt worden. Den Ausführungen des Neukommunisten Lange trat Genosse Schulze in lauten klaren Ausführungen entgegen. Er ersuchte die anwesenden Genossen, fest zur U. S. P. (Crispian-Debour) zu stehen. Nach einer Aufforderung von Lange verließen hierauf die Neukommunisten den Saal, es zeigte sich aber, daß die Mehrzahl der Genossen im Saale verblieben. Die zurückgebliebenen Genossen schritten nun zur Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt als 1. Vor. Genosse Hellmuth Schulze, als 1. Kassierer Genosse Adolf Taenzer, als 1. Schriftf. Genosse Heinz Gromann. Als Beisitzer Genossen Döring und Köhle. Wir eruchen alle Genossen, welche der U. S. P. als Mitglieder weiter angehören wollen, sich beim Genossen Taenzer zu melden. Unsere Zahlstempel finden wie bisher jeden 2. Mittwoch im Monat im Kasino statt.

Bohnsdorf. Am letzten Sonnabend fand die außerordentliche Generalversammlung der U. S. P. D. Ortsgruppe Bohnsdorf statt. Den Bericht über den Parteitag gab Genosse Tillich. Die sachlichen Auseinandersetzungen haben zu einer großen Uebereinstimmung in der Notwendigkeit des Weiterbestehens unserer Partei geführt. Es kommen im Gegenzug zur Abstimmung auch hier nur einzelne Genossen in Betracht, die zu den Neukommunisten gegangen sind. Die Wahl des Vorstandes und der übrigen Funktionäre erfolgte einstimmig. Die Genossen gaben die feste Absicht zu erkennen, daß sie an dem Ausbau unserer Partei mit frischer Kraft herangehen werden. — Am Donnerstag, den 4. November, abends 7½ Uhr findet im Restaurant Schulz ein Lichtbilder-Vortrag des Professors Gutweil statt. Der Eintritt ist frei.

Gewerkschaftliches

Wiederaufrichtung des Drechslergewerbes

Das Drechslergewerbe liegt danieder. Das gleiche kann zwar von vielen anderen Gewerbebezügen gesagt werden, für die Drechslerei kommt aber noch etwas Besonderes hinzu. Als Kunstgewerbe ist es in hohem Maße von der Kunst der Mode abhängig, und diese ist der Drechslerei nicht hold. Seit der Jahrhundertwende etwa, mit dem Aufkommen des sogenannten Jugendstils, wurde die Drechslerei in den Hintergrund gedrängt. Zwar hat der Jugendstil seine Herrschaft nicht lange behauptet, aber auch das, was noch ihm gekommen ist, hat die Erzeugnisse der Drechslerei nicht wieder zu Ehren gebracht.

Die Bedeutung der Drechslerei lag früher nicht nur in der Hervorbringung von Schmuckstücken an Möbeln und den Erzeugnissen anderer Gewerbe, die Drechslerei war in früheren Zeiten auch in hohem Maße selbständiges Kunstgewerbe. Aus Holz, Horn, Eisenblech und den verschiedenartigsten sonstigen Stoffen stellte der Drechsler gar mancherlei Gebrauchs- und Luxusgegenstände her, und in den Museen werden heute noch Kunstwerke bewahrt, die ihre Entstehung der Kunstfertigkeit der Berufsgenossen früherer Jahrhunderte verdanken. Mit der Veränderung der Geschmacksrichtung gerät diese Drechslerkunst allmählich in Vergessenheit. Ihr Verfall würde den Verlust eines wertvollen Kulturgutes bedeuten.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß Kräfte am Werk sind, die sich bemühen, dem Verfall des Drechslergewerbes zu wehren und die schöne Kunst zu neuen Ehren zu bringen. Die Arbeiterkassette des Drechslergewerbes darf es sich zur Ehre anrechnen, daß ihre Vertreter hierbei mit an vorderster Stelle stehen. Die Zentralkommission der Drechslerei anderer Deutschen Holzarbeiter-Verbände hat sich mit den Vertretern der Arbeitgeber, dem Verband für das deutsche Drechslergewerbe und der Drechslerringung Berlin, zummengeein. Gemeinsam veranstalten sie am 7. November, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerkassen“ zu Berlin, Lettnerstraße 1-4, eine Kundgebung zur Förderung des daniederliegenden Drechslergewerbes. Zu dieser Veranstaltung sind nicht nur alle Berufsangehörigen und die Vertreter des Handwerks und des Kunstgewerbes, sondern auch die zuständigen Behörden geladen.

In dieser Veranstaltung soll vor allem über Maßnahmen zur Hebung des Gewerbes beraten werden. Mit ihr verbunden wird eine kleine Ausstellung künstlerischer Erzeugnisse der Drechslerei. Es ist eine schwere Aufgabe, die sich die Veranstalter der Kundgebung gestellt haben, und sie dürfen sich nicht verschweigen, daß ihnen die Zeit nicht sonderlich günstig ist. Trotzdem wünschen wir den Unternehmern den besten Erfolg. Die Wiederbelebung des Drechslergewerbes wäre nicht nur eine kulturgeschichtliche Tat, sie hätte auch eine nicht zu unterschätzende soziale Bedeutung. Wenn es gelänge, den Sinn des großen Publikums wieder auf die Schönheiten der Erzeugnisse des Drechslergewerbes zu lenken, dann könnte auch wieder einer größeren Anzahl von Arbeitslosen aus dem Drechslergewerbe lohnende Arbeit zugewiesen werden. — Wir werden über das Ergebnis der Veranstaltung, die nur als Einleitung für weitere Aktionen gedacht ist, berichten.

Streik der Angestellten im Textilgroßhandel

Seit heute morgen stehen 1500 Angestellte des Textilgroßhandels im Streik, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern ergebnislos verlaufen sind. Die Forderungen der Angestellten schwanken zwischen 770 und 1430 M. Die Unternehmer haben diese Forderungen ihrerseits aber abgelehnt, absolut unbefriedigende Zugeständnisse gemacht. Da der Streik vor mehreren Tagen in geheimer Abstimmung mit über zwei Drittel Mehrheit beschlossen war, tritt er infolge Abbruchs der Verhandlungen heute in Kraft.

In einer gestern im Schultheiß, Hofenheide, stattgefundenen, von 2500 Angestellten besuchten Versammlung, gab Schmarz vom G. d. A. einen ausführlichen Bericht über die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen, von einem Entgegenkommen ist niemals die Rede. Grete Weinberg vom Zentralverband der Angestellten forderte sämtliche Arbeitnehmer der Branche zur Solidarität auf, um den begonnenen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.

Am Schluß der Versammlung wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 1. November überaus zahlreich versammelten Angestellten des Berliner Textilgroßhandels kennen auf das Verhalten der Arbeitgeber nur eine Antwort: Wir stehen geschlossen hinter unseren Organisationen und nehmen den uns aufgezwungenen Kampf auf.“

Die Zentralkomiteeleitung befindet sich in Havelands Festhän.

In einem Teil der bürgerlichen Presse wird versucht, den Streik als einen Teilstreik hinzustellen. Demgegenüber stellen wir ausdrücklich fest, daß es sich im Textilgroßhandel um einen allgemeinen Streik handelt. Zunächst hatte die Zentralkomiteeleitung nur 50 Großbetriebe mitgeleitet, weitere Betriebe werden geschlossen, sofern es die Situation erfordert.

Kohlenarbeiterstreik. Wegen Nichtzahlung des Tariflohnes ist bei der Firma Sodacryer, Wilschstraße, am 29. Oktober erneut der Streik ausgebrochen. Die vom Deutschen Transportarbeiter-Verband angebotenen Verhandlungen wurden von dem Inhaber abgelehnt mit der Begründung, daß er mit Leuten, welche sich als Arbeitergroßen ernähren, nicht verhandelt. Dieser Ausspruch des Herrn Wilschier treffend den geistigen Horizont desselben. Vom Geist der neuen Zeit ist nicht viel an ihm halten geblieben. Am aber bei dem Ernähren von Arbeitergroßen zu bleiben, sind wir doch sehr genug, zu fragen, von wo die Großen herkommen, von denen er sich ernähren läßt. Nach unserer Auf-

